

St. Peters Bote,
 die älteste deutsche katholische Zeitung
 in Canada, erscheint jeden Donnerstag in
 Münster, Sask., und folgt bei Fortaus-
 sendung:
 In Canada, per Jahrgang \$2.00
 In den Staaten u. Ausland, \$2.50
 Einzelne Nummern 10 Cents.
 Anzeigen werden berechnet zu
 1.00 Dollar pro Zeile einseitig für die
 erste Einrückung, 50 Cents pro Zeile für
 nachfolgende Einrückungen.
 Postanfragen werden zu 20 Cents pro
 Zeile wöchentlich berechnet.
 Geschäftsanzeigen werden zu \$2.00
 pro Zeile für 4 Insertionen, oder \$20.00
 pro Zeile jährlich berechnet. Rabatt bei
 großen Aufträgen gewährt.
 Jede nach Ansicht der Herausgeber
 für eine unzulässige katholische Familien-
 zeitung unpassende Anzeige wird unbeding-
 t zurückgewiesen.
 Man adressiere alle Briefe u.s.w. an
ST. PETERS BOTE,
 Münster, Sask., Canada.

St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

Die erste deutsche katholische Zeitung Canadas, wird mit Empfehlung des hochw. Bischofs Pascal von Prince Albert und des hochw. Erzbischofs Langevin von St. Boniface, wöchentlich herausgegeben von den Benedictiner-Mönchen zu Münster, Sask., Canada.

18 Jahrgang, No. 11. Münster, Sask., Donnerstag den 28. April 1921. Fortlaufende No. 893.

St. Peters Bote,
 the oldest Catholic newspaper in
 Saskatchewan, is published every
 Thursday at Münster, Sask. It is
 an excellent advertising medium.
 SUBSCRIPTION:
 \$2.00 per year, payable in advance,
 \$2.50 to the United States and abroad.
 Single numbers 10 cents.
 ADVERTISING RATES:
 Transient advertising \$1.00 per inch
 for first insertion, 50 cents per inch
 for subsequent insertions. Reading
 Notices 20 cents per count line.
 Display advertising \$2.00 per inch
 for 4 insertions, \$20.00 per inch for
 one year. Discount given on large
 contracts. Legal Notices 12 cts. per
 agate line 1st insertion, 8 cts. later.
 No advertisement admitted at any
 price, which the publishers consider
 unsuited to a Catholic family paper.
 Address all communications to
ST. PETERS BOTE,
 Münster, Sask., Canada.

Vom Ausland

Paris. Die Pläne für die mili-
 tärliche und wirtschaftliche Besitz-
 nahme der Ruhrgebiets seitens
 Frankreichs nach dem 1. Mai, falls
 Deutschland sich den Entschädigungs-
 forderungen der Entente nicht fügt,
 sind jetzt fertig und werden in der
 nächsten Woche den Regierungen
 Großbritanniens Italiens und Belgi-
 ens von Premierminister Briand
 vorgelegt werden. Diese Länder
 werden erlucht werden, Frankreich
 ihre moralische Unterstützung zu
 geben, wenn sie keine Truppen
 schicken können. Frankreich ist be-
 reit, die Bürde des militärischen
 Vorgehens allein zu tragen.
 Premierminister Briand teilte dem
 Kabinett mit, daß es ratsam sein
 möge, auch den an das Ruhrgebiet
 stößenden Teil von Westfalen zu
 besetzen. Die hiesige deutsche Bot-
 schaft bestätigte einen Bericht, daß
 die deutsche Regierung in der
 nächsten Woche neue Vorschläge
 machen werde, darunter wahrlich
 die folgenden: 1. Daß Deutsch-
 land eine internationale Anleihe
 in der Höhe von 30,000,000,000
 Mark gewährt werde. 2. Daß
 Deutschland die Wiederherstellung
 der verwüsteten Gebiete vollständig
 übernehme und die Arbeiter, und
 das Material liefere. Es wurde
 wiederholt, daß Deutschland vor
 dem 1. Mai keine Zahlung machen
 könne.

Wie in Erfahrung gebracht
 wurde, wird Deutschland sofort die
 diplomatischen Beziehungen zu den
 Alliierten abbrechen, wenn Frank-
 reich seine Drohung, den Ruhr-
 streich und das Industriegebiet
 Westfalens zu besetzen, ausführt,
 sodaß ein Kriegszustand geschaffen
 würde. Die deutschen Botschafter
 in Paris und London sollen Be-
 weise erhalten haben, sich bereit zu
 halten, eine Stunde nach ihrer Ab-
 berufung nach Berlin abzureisen zu
 können.

Der Wiederaufbau der ver-
 wüsteten Gebiete Frankreichs wird
 jährlich, für die Dauer von zehn
 Jahren, mindestens 14,000,000,000
 Franken kosten, wie das Finanz-
 komitee der Deputiertenkammer
 ausgerechnet hat. Die Gesamt-
 kosten des Wiederaufbaus der Ver-
 wüstungen, die vor dem Krieg
 einen Wert von 26,000,000,000
 besaßen, sind auf zwischen 80,000,
 000,000 und 130,000,000,000 Fran-
 ken veranschlagt. In dem Bericht
 heißt es, Frankreich sei außer
 Stande, solche Riesensumme zu be-
 schaffen, und Deutschland müsse,
 ohne Rücksicht auf die Folgen,
 dieses Geld zahlen.

Wie aus glaubwürdigster
 Quelle mitgeteilt wurde, wird Jules
 Jean Jusserand, der französische
 Botschafter in Washington, von der
 französischen Regierung abberufen
 werden, sobald Rene Viviani aus
 Amerika zurück kehrt ist. Dem
 Botschafter wird vorgeworfen, daß
 er sich mit dem früheren Präsidenten
 Wilson zu tief eingelassen habe,
 zweitens, daß er den amerikanischen
 Gesichtspunkt vollständig mißver-
 standen und der französischen Re-
 gierung beständig falsche Auskunft
 über die Stimmung in Amerika
 gegeben habe, und drittens, daß er
 sich im höchsten Grade unfähig ge-
 zeigt habe, was sich z. B. darin
 zeigt, daß das französische Amt
 noch immer nicht im Besitze des

Wortlauts der Botschaft des Präsi-
 denten Harding an den Kongreß sei.
 Inspirierte editorielle Artikel in der
 Pariser Presse zeugen davon, daß
 Präsident Hardings Botschaft sehr
 falsch ausgelegt wird. Es wird ver-
 sucht, die Franzosen zu überzeugen,
 daß Amerika, nachdem es erklärt
 hat, es verlange keine Entschädi-
 gung von Deutschland, jetzt seinen
 Standpunkt geändert habe, und
 daß die neue amerikanische Admini-
 stration wieder in die europäische
 diplomatische Arena einzutreten beab-
 sichtigt, um sich ihres Teils an der
 Beute zu versichern. Deshalb
 könnten die Vereinigten Staaten
 keinen Sonderfrieden mit Deutsch-
 land schließen, weil sie dadurch die
 Vorteile, die der Vertrag von Ver-
 sailles ihnen gebe, verlieren würden.

Die Volksabzählung in der
 Stadt Straßburg ergab folgendes
 Resultat: 165,855 Einwohner, da-
 runter 8000 Soldaten. Bei der
 Volksabzählung im Jahre 1910
 hatte Straßburg 178,891 Einwohner,
 darunter 15,485 Soldaten.

Bukarest. Der österreichische
 Ex-Kanzler Renner gab einer
 rumänischen Zeitung betreffs der
 Frage einer event. Angliederung
 Oesterreichs an Deutschland folgen-
 de Erklärung: Wenn man heute zu
 einem Plebiszit schritte, gäbe es
 sicher fast keinen einzigen Gegner
 der Verbindung mit Deutschland.
 Die verschiedenen Provinzen Oester-
 reichs können nur noch mit großer
 Mühe zurückgehalten werden, und
 Tirol z. B. will unter allen Um-
 ständen und sogar auf seine eigene
 Initiative hin, eine Volksstim-
 mung abhalten. Wenn man in diesen
 uns die lange versprochenen und
 vergeblich erwarteten Kredite in
 London bewilligt, ist es möglich,
 daß diese Reueigung des österreichi-
 schen Volkes abflaut. Schon seit
 zwei Jahren warten wir auf eine
 Unterstützung seitens der alliierten
 Mächte, doch immer vergeblich.
 Nur dadurch kam es, daß die jetzige
 Bewegung für eine Solidarität mit
 Deutschland in unserem Lande zu
 tiefe Wurzeln gefaßt hat.

Berlin. Finanzminister Wirth
 machte das deutsche Budget für das
 Jahr 1921 bekannt und verkündete,
 daß das Defizit 33,000,000,000
 Mark betrage.

London. Eine von vielen her-
 vorragenden Männern Englands
 und Frankreichs unterzeichnete
 Denkschrift, in der eine Revision
 des Vertrages von Versailles auf
 der Grundlage der 14 Punkte
 Wilsons verlangt wird, wurde am
 20. April veröffentlicht. Unter den
 Unterzeichnern der Denkschrift be-
 finden sich J. A. Jerome, Leon Lon-
 guet, Ramsay MacDonald, Profes-
 sor Michélet, Lord Parmoor, Sir
 George Paish, George Bernard
 Shaw, Robert Smilie, Philip
 Snowden und Israel Jangwill.
 In der Denkschrift wird die Be-
 schuldigung erhoben, daß der Ver-
 trag von den Siegern im Belkri-
 ge diktirt worden sei, daß geheime Di-
 plomatie nicht dadurch beseitigt wor-
 den sei, und daß nichts geschähe sei,
 Mitteluropa vor Hungersnot und
 Revolution zu bewahren. Es wird
 erklärt, daß alle Nationen sich an
 der Revidierung des Vertrages be-
 teiligen sollten, einerlei, welche
 Rolle sie im Kriege gespielt hätten.

Italien steht im Verdacht,
 mit der Türkei, mit der die
 Alliierten noch nicht Frieden ge-
 schlossen haben, einen geheimen

Vertrag eingegangen zu sein, durch
 den es eine wertvolle Rohstoffkon-
 zession in Adalia erhalten haben soll,
 während es sich dazu verstanden
 haben soll, der Türkei zu helfen,
 wieder in den Besitz Smyrnos und
 Thraziens zu gelangen. Es heißt,
 daß Großbritannien Italien eine
 scharfe Note gefandt habe, in der
 es Auskunft darüber verlangt, wie
 es sich mit dieser Sache verhält.
 Thrazien und Smyrna bilden eines
 der Hauptwirtschaftszentren, mit denen
 die Alliierten in der Lösung der Fra-
 ge des Nahen Ostens zu tun haben.

Rom. Kardinal Gasparri, päpsti-
 cher Staatssekretär, hat einen Ap-
 pell an Mustafa Kemal Pascha,
 Haupt der türkischen Nationalisten-
 Regierung in Angora, zugunsten
 der in den unter türkischer Herr-
 schaft stehenden Ländern ansässigen
 Christen gerichtet. „Im Namen
 des Papstes,“ heißt es in dem Ap-
 pell, „habe ich die Ehre, mich an
 Ihr edles Menschlichkeitsgefühl zu
 wenden und Sie anzuflehen, sobald
 wie nur möglich die erforderlichen
 Befehle zur Achtung vor dem Leben
 und Eigentum der Christen im Kau-
 kasis, in Kleinasien und Anatolien
 zu erlassen. Nach den unerwün-
 schten Leiden, welche die Menschheit
 durchzumachen hatte, steht zu ho-
 fen, daß der Stimme der Milde und
 der Frömmigkeit überall Gehör ge-
 schenkt werden wird.“ Mustafa
 Kemal Pascha hat diesen Appell in
 der achtungsvollsten Weise beant-
 wortet und dem päpstlichen Staats-
 sekretär die Versicherung gegeben,
 daß „Sicherheit und Wohlfahrt der
 Einwohner dieses Landes, ohne
 Rücksicht auf Rasse und Religion,
 die höchste Pflicht sei, und zwar
 nicht nur aus Gründen der Mensch-
 lichkeit, sondern auch unter den Vor-
 schriften der mohammedanischen
 Religion.“ Die Antwort schließt
 mit der Erklärung, daß Mustafa
 Kemal Pascha bereits die nötigen
 Maßnahmen ergriffen habe, um für
 alle Christen unter der Jurisdiktion
 der Angora-Regierung absolute
 Sicherheit und Ruhe zu garantieren.

**Tirol stimmt für Anschluss
 an Deutschland.**
 Tirol. Das Ergebnis der Ab-
 stimmung in Tirol über den An-
 schluss an Deutschland betrug im
 Witternack des Abstimmungsabends
 (24. April) 86,600 Stimmen für und
 nur 928 Stimmen gegen den An-
 schluss. In Innsbruck stimmten
 33,000 für und 476 gegen die Ver-
 einigung.

**Dr. J. M. Ulrich
 indoffiert durch die Grain Grower's.**
 Wie bereits früher hier berichtet
 wurde, ist Dr. J. M. Ulrich von
 Hague auf der Convention der
 liberalen Partei für den Wahlkreis
 Koffhern am 22. März einstimmig
 als Kandidat für die Provinzial-
 Legislatur aufgestellt worden.
 Hierauf hieß es, daß auch die
 Grain Growers einen Kandidaten
 in petto hätten. Diese hielten nun,
 200 Delegaten stark, am 19. April
 ihre Convention in Koffhern und
 entschlossen sich nach kurzer Dis-
 cussion, die Nominierung Dr. Ulrich's
 durch die liberale Convention zu
 indoffieren. Der Vorschlag wurde
 einstimmig angenommen. Dadurch
 bezeugten die Wähler des Wahl-
 distrikts Koffhern nicht nur ihre
 hohe Achtung für Dr. Ulrich,
 sondern auch ihre Zufriedenheit
 mit der gegenwärtigen Provinzial-
 Regierung.

Die Ver. Staaten lehnen es ab,
 Deutschlands Schiedsrichter zu sein.
 Wollen jedoch geeignete Vorschläge
 der Deutschen
 den alliierten Regierungen übermitteln

Deutschlands Bitte an Präsident
 Harding, daß die Ver. Staaten in
 der Festsetzung der Kriegsentchädi-
 gung die Vermittlerrolle zwischen
 Deutschland und den Alliierten über-
 nehmen, traf am 21. April in Wash-
 ington ein. Das Schreiben der
 deutschen Regierung, dessen Wort-
 laut bekannt gemacht wurde, wurde
 sofort beantwortet. In der Antwort
 sagt die Regierung, die Ver. Staa-
 ten könnten sich nicht dazu verstehen,
 zu vermitteln, aber wenn die deut-
 sche Regierung ihre Vorschläge un-
 terbreitet, würden die Ver. Staaten
 sie den alliierten Regierungen in
 einer für diese annehmbaren Weise
 zur Kenntnis bringen, damit schnell
 neue Unterhandlungen beginnen
 könnten. Die deutsche Zuschrift hat
 folgenden Wortlaut:

„Im Namen der deutsche Re-
 gierung und des deutschen Volkes er-
 rüchen die Unterzeichneten trotz des
 noch bestehenden technischen Kriegs-
 zustandes achtungsvoll den Präsi-
 denten der Ver. Staaten von Ame-
 rita in der Entschädigungsfrage zu
 vermitteln und die Summe festzu-
 legen, die Deutschland den alliierten
 Mächten zu zahlen hat, und bitten
 ihn dringend, die Zustimmung der
 alliierten Mächte zu solcher Vermitt-
 lung zu erlangen. Sie erklären
 feierlich, daß die deutsche Regierung
 willens und bereit ist, sich ohne Be-
 dingungen und Vorbehalte dazu zu
 verstehen, den alliierten Mächten
 als Entschädigung die Summen zu
 zahlen, die der Präsident nach einer
 Prüfung und Untersuchung für
 recht und billig hält. Sie verpflich-
 ten sich feierlich, alles was der Prä-
 sident bestimmt und festsetzt, dem
 Geiste und Buchstaben dieser Be-
 stimmungen nach auszuführen. Im
 festen Glauben an die Rechtfchaffen-
 heit dieses Geschäftes und in der aufrich-
 tigen Absicht unterbreitet das
 deutsche Volk durch seine eingesetzte
 Regierung dem Präsidenten der
 Ver. Staaten seine Bitte in der zu-
 verlässlichen Hoffnung, daß sie ge-
 währt werde, damit eine endgültige
 Entscheidung getroffen werde, im
 Einklange mit den innigsten Wün-
 schen aller zivilisierten Nationen,
 und damit die unabsehbaren Folgen
 von drohenden Zwangsmahnahmen
 vermieden werden, und der Friede
 der Welt gefördert wird.“
 Fehrenbach, Simons.

Die Antwort, die der Staatssekre-
 tär durch den amerikanischen Kom-
 missär in Berlin übermitteln ließ,
 lautet: „Die Ver. St.-Regierung
 kann nicht übernehmen, in der Ent-
 schädigungsfrage in einer Weise zu
 vermitteln, daß sie als Schiedsrich-
 ter aufträte. Aber von der Wichtig-
 keit der Ver. Staaten kommen den
 Fragen, die die ganze Welt ange-
 hen, durchdrungen, fühlt die Re-
 gierung der Ver. Staaten sich in der
 Frage einer baldigen und gerechten
 Lösung aufs tiefste interessiert. Die
 Ver. St.-Regierung wünscht sehr,
 daß die Verhandlungen unverzüg-
 lich wieder aufgenommen werden,
 und spricht wiederum ihre Hoffnung
 aus, daß die deutsche Regierung
 Vorschläge machen werde, die eine
 annehmbare Grundlage für Erörte-
 rung bilden. Wenn die deutsche

Regierung dies tun würde, so wür-
 de die Ver. St.-Regierung sich her-
 beistellen, die Angelegenheit den
 alliierten Regierungen in einer für
 diese annehmbaren Weise vorzule-
 gen, damit die Verhandlungen
 schnell wieder aufgenommen wer-
 den könnten.
 Nach zuverlässiger Angabe wur-
 den am 23. April neue deutsche
 Gutmachungsanschläge an Präsi-
 dent Harding zur Übermittlung an
 die Alliierten abgeandt. Diese
 Vorschläge enthalten dem Verneh-
 men nach eine Erhöhung der ange-
 botenen Geldzahlungen, einen be-
 seren Plan für den Wiederaufbau
 in Frankreich sowie einen Plan für
 einen internationalen Kredit.

Aus Canada

Saskatchewan.
 Regina. Hier tagte kürzlich
 eine Konferenz zur Bekämpfung
 der Heuschreckepilge. Sie setzte sich
 aus Fachleuten Canadas und der
 Ver. Staaten zusammen. Es wur-
 den Mittel und Wege besprochen,
 um die Heuschreckepilge energisch
 zu bekämpfen. Es wurde unter
 anderem dringend empfohlen, daß die
 Farmer das Stoppelland tief pflü-
 gen. Dadurch werden die Eier der
 Heuschrecken und der sogenannten
 „Sow“ fliegen an den Weizenstengeln
 vernichtet. Nach Ansicht der Kon-
 ferenz-Mitglieder ist es immer mög-
 lich, Herr dieser Plage zu werden,
 eimerlei in welchem Entwicklungs-
 stadium sich die Tierchen befinden,
 solange nur die Frucht noch nicht
 ausgewachsen ist. Die vorgeschla-
 genen Mittel sind: Verbrennen und
 Vergiften. Durch Eier angestrich-
 tete Felder sollten nicht weniger als 5
 Zoll tief gepflügt werden. In Früh-
 jahr gepflügtes Land muß mit dem
 Packer bearbeitet werden, denn sonst
 werden eine große Anzahl junger
 Heuschrecken an die Oberfläche kom-
 men. Felder, die man nicht mehr
 pflügen kann, sollen kultiviert oder
 gediebt werden. Wenn die jungen
 Heuschrecken kurz nachdem sie aus-
 gebrütet werden, sich in größeren
 Massen den Wegen entlang ansam-
 meln, sollen sie verbrannt werden.
 Zu diesem Zwecke bedeckt man die
 Grasflächen, in denen sich die Tiere
 aufhalten, leicht mit Stroh und zün-
 det dies bei Nacht und günstigem
 Winde an. Handelt es sich um grö-
 ßere durch Heuschrecken angestrich-
 te Landflächen, dann ist entschieden
 die Vergiftungs-Methode anzuwen-
 den. Wenn vergiftete Köder in der
 richtigen Weise ausgestreut werden,
 kann der Erfolg nicht ausbleiben.

Saskatoon. Ein Lager von
 alkoholhaltigen Getränken im Werte
 von \$20,000 bis \$30,000 der Saskat-
 oon Liquors, Ltd. gehörend, wurde
 von Männern des Gesetzes mit Be-
 schlag belegt. Zu dieser Beschlag-
 nahme führte die Festnahme von
 Jack Wallace, einem Angestellten
 besagter Firma, den man in einem
 Automobil in der angenehmen Ge-
 sellschaft von ausgerechnet 18 Fla-
 schen feurigen Getränkes fand. Wie
 erinnerlich, hatte die gleiche Firma
 sich bereits im Januar d. J. in nicht
 geringen Schwulitäten befunden,
 als durch die wachsamten Hüter der
 öffentlichen Ordnung ihr ganzes
 Lager im Werte von \$75,000 be-
 schlagnahmt wurde. Damals be-
 tam sie ihren wertvollen Stoff durch
 Richterspruch wieder zurück. So
 wird's wohl auch diesmal kommen.

Die Gemeinde einer hiesigen
 Kirche wurde letzten Sonntag, den
 24. April (nach Angabe der Winni-
 peg Free Press), nicht wenig in
 Aufregung versetzt, als der Pastor
 im Laufe einer begeisterten Predigt
 die Schriftworte aussprach: „Ich
 werde dich auspeilen aus meinem
 Munde“ und dabei buchstäblich
 seine Zähne, natürlich keine falschen
 Zähne, ausspie. Derselben fielen
 mit Geflapper von der Kanzel auf
 den Fußboden der Kirche. Einer
 Ohnmacht nahe eilte die Frau Pa-
 storin vorwärts und hob das Geßiß
 auf, um es dem Prediger zurück-
 zugeben. Doch, o weh! es war
 durch den Fall etwas verbogen und
 konnte nicht mehr in den Prediger-
 mund eingefügt werden. Der Got-
 tesdienst wurde daher in aller Hast
 abgebrochen und die Kirchenbesu-
 cher eilen geflüsternd und kost-
 lich amüsiert nach Hause.

Während des März trafen
 im westlichen Canada 1801 Emwan-
 derer von den Ver. Staaten ein.
 Die Mehrzahl derselben war für
 Saskatchewan und Alberta be-
 stimmt, und zwar gingen 708 nach
 Saskatchewan und 786 nach Alberta;
 nur 208 verblieben in Manitoba.

Moore Law. Der Lehrerkreis,
 der hier und umherhalb so viel Staub
 aufgewirbelt hat, ist glücklicherweise
 zu einem, beide Interessen Gruppen
 befriedigenden Abßluß gebracht
 worden. Durch die Vermittlung
 der Geistlichen der Stadt ist es zu
 einem Kompromiß gekommen zwi-
 schen dem Schul-Board und der
 Lehrervereinigung. Die würdevol-
 le Ruhe und sachgemäße Be-
 handlung der streitigen Punkte der
 führenden Geister haben nicht we-
 nig zur Beilegung der Differenzen
 beigetragen.

J. A. Maharg

übernimmt Posten als Minister
 im Kabinett der Prov.-Regierung

Am 22. April gab Premier Mar-
 tin bekannt, daß J. A. Maharg,
 Mitglied des Dominion-Parlaments
 für den Wahlkreis Maple Creek und
 seitdem Präsident der Saskatche-
 wan Grain Grower's Association,
 einvernehmlich habe, im Kabinett an-
 jerer Provinzial-Regierung ein
 Portfolio zu übernehmen und seinen
 Amtseid ablegen wird, sobald seine
 Pflichten als Dominion-Parla-
 mentsmitglied ihm dies erlauben
 werden.

J. A. Maharg wurde in Orange-
 ville, Ont., am 12. Feb. 1872 ge-
 boren. Im Jahre 1890 ließ er sich
 in der Gegend von Moose Jaw
 nieder, wo er eine Heimstätte auf-
 nahm. In 1910 wurde er Präsident
 der Saskatchewan Co-operative
 Elevator Co., Ltd., deren Gründer
 er war.

Obwohl Maharg's Verdienste
 im Interesse der Landwirte aner-
 kennenswert sind, steht er selbst den
 Katholiken nicht sympathisch gegen-
 über. Wir wissen, daß die Saskat-
 chewan Grain Grower's Association
 deren Präsident er seit 11 Jahren
 war auf ihrer jährlichen Convention
 fast regelmäßig Ausfälle machte
 auf die Rechte der Katholiken, na-
 mentlich auf die Separatsschule, ob-
 schon der Zweck der Association, der
 Getreidebau, nichts mit Glaube,
 Kirche und Schule zu tun hat.

Weitere Nachrichten aus Canada
 auf Seite 8.